



Beratung für Betroffene rechter Gewalt neu aufgestellt

Künftig drei Regionalbüros für Unterstützung nach rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Übergriffen

Das Niedersächsische Justizministerium stellt die Beratung für Betroffene rechter Gewalt neu auf. Die Beratung wird künftig regionalisiert und auf drei Büros im Land verteilt. Dafür werden in diesem Jahr aus Landes- und Bundesmitteln bis zu 150.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Justizministerin Barbara Havliza: „Es ist ein sehr wichtiges Signal, dass die Beratungsarbeit flächendeckend in ganz Niedersachsen umgesetzt wird, um Betroffene professionell zu unterstützen und ihnen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Ich begrüße es deshalb sehr, dass wir künftig in drei Regionen des Landes über eine niedrigschwellige und proaktive Betroffenenberatung verfügen. Diese richtet sich auch an Angehörige, Bekannte sowie Zeuginnen und Zeugen rechtsextremer Gewalttaten. Die Prävention und die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus bilden eine drängende und anhaltende Herausforderung für Staat und Gesellschaft.“

Die neu aufgestellten Regionalbüros für die Betroffenenberatung sind:

- Exil e.V. - Osnabrücker Zentrum für Flüchtlinge e.V. für die Region Nord-West Niedersachsen mit dem Projekt: „Name it! - Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt / Region Nordwest-Niedersachsen“
- Christliches Jugenddorfwerk CJD Nienburg e.V. für die Region Nord-Ost Niedersachsen mit dem Projekt: „G.i.G. (Genug ist genug) - Professionelle Unterstützung für Betroffene von Hasskriminalität in Niedersachsen Nord Ost“
- Asyl e.V. Migrationszentrum Hildesheim für die Region Süd Niedersachsen mit dem Projekt: „Heads up! - Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt /Region Südniedersachsen“

Havliza: „Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus haben keinen Platz in unserer Gesellschaft. Die rechtsextremistisch motivierten Gewaltverbrechen von Halle und Hanau waren nicht nur gezielte Angriffe auf unseren Rechtsstaat, sondern auch auf unser demokratisches und friedliches Zusammenleben. Umso wichtiger ist es, dass wir Betroffenen rechtsextremer Übergriffe schützend zur Seite stehen.“

Nr. 49/20 / Christian Lauenstein		
Pressestelle Am Waterlooplatz 1, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-5044 Fax: (0511) 120-5181	www.mj.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mj.niedersachsen.de

Die Förderung der Beratungsstellen hat am 3. Juli 2020 begonnen. Bei der weiteren Gestaltung und Etablierung eines gemeinsamen Profils und dem Ausbau der Reichweite der Betroffenenberatung erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit dem Landes-Demokratiezentrum im Niedersächsischen Justizministerium, mit Expertinnen und Experten der Mobilien Beratung sowie mit Trägern, Initiativen und Einzelpersonen, die sich vor allem gegen Rechtsextremismus engagieren.

Weitere Informationen und Kontaktadressen finden Sie [auf der Seite des L-DZ](#).

Nr. 49/20 / Christian Lauenstein Pressestelle Am Waterlooplatz 1, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-5044 Fax: (0511) 120-5181	www.mj.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mj.niedersachsen.de
--	---	---